

Amstliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Er erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telephon 41.

Dienstag, den 21. Juni 1922.

16. Jahrgang

Bezugspreis: monatlich 10.00 M. einchl.
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Rotations-Typen und Verläufe: Guid

№ 71

№. 304.

Erinnerung. Die Gemeindevorstände, die mit Erledigung meiner Reiseblattverpflichtung vom 12. Juni 1900, A. Nr. 11. 4269, in Nr. 79/452 des Reiseblatts im Jahre 1921, werden an die alsobaldige Erledigung erinnert. Die Verlegung betrifft die im Etatsjahre 1921 ausgeführten Dampfseilunterziehungen.

**Erledigungsfrist bis zum 10. Juli 1922 be-
stehend.**

Wiesbaden, den 16. Juni 1922.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J. Nr. 525/4. Schill.

Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Juni. Zunächst werden einige Anfragen ohne allgemeines Interesse erledigt. Sodann wird ein Antrag des Abg. Dittmann (HSP.), mit Rücksicht auf die immer mehr anwachsenden moralisch-sittlichen Freibereien die Interpellation über die Königsberger und bairischen militärischen Demonstrationen schon heute zu beraten, abgelehnt. Dafür stimmen nur die Unabhängigen und Kommunisten. Wegen die gleiche Hndelrecht wird sodann beschlossen, die Zwangsanziehe und Einkommensteuer heute von der Tagesordnung abzulehnen. Angenommen wird in allen drei Sitzungen der Entwurf, durch den die Bezugs aus der Unfallversicherung für Gehongene verzeihlich werden, ebenso der Entwurf über die Erhöhung der Vergütungen für Quartierleistungen an die Reichswehr.

Es folgt die erste Beratung der Schlichtungs-
ordnungsnovelle.

Hg. Cibel (Soz.) bringt Bedenken vor
gegen die isarten Zrungsbestimmungen des Ent-
wurfs. Grundstzlich stimmen die Sozialdemo-
kraten aber dem Gedanken einer Schlichtungs-
ordnung zu. Reichsarbeitsminister Brauns schlierte
den Werdegang des Gesetzes, welches das Ziel ver-
folgt, den Wirtschaftsfrieden zu fdrern und zu
hahren. Wirtschaftskmpfe mssen jetzt auf ein
MindestmaB beschrnkt und an ihre Stelle friehliche
Verhandlung gesetzt werden. Am Streitrecht
tutelt die Schlichtungsordnung keineswegs, sie will
nur die auch von den Gewerkschaften bekmpften
wilden Streiks verhindern. An den Grundstzen
der Vorlage muB die Regierung festhalten. Ueber
Einzelheiten lss sich reden. Hg. Erhardt (Str.)
bezeichnet die Sicherung des gewerblichen Friedens
als eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Das
Streitrecht soll nicht begrnzt werden, der Kampf
darf aber nicht Selbstzweck sein, wenn er nicht zum
Verbrennen werden soll. Hg. Graf-Baltringen
(Dnt.) stimmt den Grundgedanken der Vorlage zu
und beantragt Ueberweisung an den sozialpolitischen
AussschuB. Hg. Aufhauer (UEB.) bezeichnet
die Vorlage als ein Gesetz zur Einfhrung der
Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften. Hg. Kst-
lenhauer (DVB.) sieht der Vorlage, welche der
Zurckdrngung des Klassenkampfes diene, sym-
pathisch gegenber. Hg. Dr. Fied (Dem.) macht w-
wichtige Bedenken gegen den burokratischen Aufbau
der Vorlage geltend, will aber an einem zweck-
mgigen Ausbau mitarbeiten. Hg. Weizner
(Doge. Rp.) bringt ebenfalls Bedenken gegen Ein-
zelheiten der Vorlage vor, hofft aber, daB die Aus-
schuBeratungen etwas zustande bringen, was der
Arbeiterkass und dem Volksganzen zum Segen ge-
weist. — Samstag Mittag 12 Uhr Weiterberatung.

Berlin, 17. Juni. Zu Beginn der Sitzung
wird zurcks als Erzhmann von der Zentrumsmag-
Zentrumsgewerkschaften Baden der Zentrumsmag-
geordnete Schwarz (Hessen) zum Schriftfhrer ge-
whlt.

In zweiter Lesung wird dann der Gesandtschaft über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen ohne wesentliche Debatten angenommen. Ohne Aussprache werden darauf die Beiträge zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 8. Oktober 1921, 15. März und 8. Juni 1922 und die Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 (Erdlieferungsabkommen) dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss zur Ausführung des Reichenertrages überlesen.

Es folgt dann die gemeinsame erste Beratung des Reiches über die Zwangsanleihe, sowie des abhängigen Initiativantrags zur Veränderung des Einkommensteuergesetzes und die Initiativanträge der beiden Reichtsparteien zur Abänderung des Erbschaftsteuergesetzes.

In der ersten Beratung ergriff nur der kommunistische Abg. Höllein das Wort, der in sehr ausführlichen Darlegungen an dem Zwangsanleihegesetzen und den Lebenswertsanträgen zur Einkommensteuer und Erbschaftsteuer scharfe Kritik übte unter heftigen Angriffen gegen die Regierung und das kapitalistische System. Die Vorlage geht mit dem Antrag an einen Ausschuss. Dann wird die Beratung der Schlichtungsordnung fortgesetzt und die Vorlage an den Ausschuss überwiesen.

Preussischer Landtag.

In der Debatte erklärte Minister des Innern Severing in Beantwortung verschiedener Vorredner: Das Verbot an die Beamten, an den Hindenburg-Stundengebungen sich zu beteiligen, war kein Affront gegen den Feldmarschall. Hindenburg lehnte es ab, seine Reise nach Ostpreußen wegen der bestehenden außen- und innerpolitischen Bedenken aufzugeben oder zu verschieben. Ostpreußen sei mit der gefährdesten Teil Deutschlands. Was in Ostpreußen erreicht war, sei jetzt zerrissen. Alleits anerkannt sei, daß die Schutzpolizei voll ihre Schuldtheil tat. Ihr Gehalt der Dank der Regierung. Daß die Reichswehr eine Bedrohung abzuwenden mühe, sei nicht anzunehmen, da der Geistes nicht ein Kommunist war, sondern ein Mann, der zur Hindenburg-folge gehen wollte.

Nach einigen weiteren Reden wurde die Weiterberatung auf Samstag vertagt.

Berlin, 17. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der beiden Linksparteien auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die nächsten Wahlen zur zehnkürzigen Kammer und zur Apothekerkammer ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Ein Gesetz betr. Erhöhung des Grundbesitzes und Kaufleistung des Geldzinsjahres der Preußischen Staatsbank wurde dem Hauptauslass überwiesen. Darauf folgte das Haus die zweite Lesung des Etat des Innern fort. In längeren Ausführungen ergingen sich die Redner der einzelnen Parteien über Verwaltungsreformen, Landgemeinderordnung, Schulpflichtfragen, Regimentsfeiern, Ausbau und Schutz der Demokratie, technische Rathschläge und anderes mehr. Minister Seegering äußerte sich noch einmal ausführlich zu den von den Rednern behandelten Punkten.

Nach ihm sprach ein Unabhängiger, der den Deutschen Nationalen vorwies, daß sie mit Hindenburg die alte Verfassung nicht ändern könnten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Berlin. Dem Reichstage wird den Blättern zufolge noch im Juni eine Novelle zum Bundessteuergesetz gegeben, die die Anteile der Länder und Gemeinden am Aufkommen der Reichsteuern neu regelt und die Steuerbefugnisse der Länder und Gemeinden erweitert. Für die Gemeinden kommen nach der Novelle hauptsächlich die Erhebung einer Bodsteuener für Bebauung, einer obligatorischen Vermögenssteuer und einer kommunalen Grundsteuer in Frage. Die Gemeinden können außerdem Zuschläge zur Grundgemeindesteuer und zur erhöhten Umsatzsteuer erheben. Die Länder erhalten Anteile an der Einkommensteuer (2300 Millionen), Körperschaftsteuer (4000 Millionen), Erbschaftsteuer (700 Millionen), Grunderwerbs-, Umsatz-, Renten-, Gewerbesteuerabfuhrungs- und Kraftfahrzeugsteuer. Für die Länder kommen insgesamt Einnahmeposten 22 500 Millionen Mark, für die Gemeinden 1½ Milliarden Mark Einnahmen in Betracht.

Berlin, 16. Juni. Wie eine Parlamentskorrespondenz mitteilen will, sei nach den bisherigen Forderungen zwischen den Reichsparteispartei und der Reichsregierung anzunehmen, doch Anfang Oktober die Wahl des Reichspräsidenten erfolgen werde. Vorher werden dem Reichstage noch zwei mit dem Wahl zusammenhängende Entwürfe zugehen, von denen der eine die Seniorsverhältnisse des Reichspräsidenten regelt. Ueber die Aufstellung von Kandidaten, fanden Besprechungen noch nicht statt.

keine Erhöhung der Umsatzsteuer. Im Anbetracht der vollkommen wirtschaftlichen Unmöglichkeit eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer zu ertragen, hat sich der Zentralverband des deutschen Großhandels auf die in der Presse erschienene Meldung, daß eine solche geplant sei, unverzüglich an das Reichsfinanzministerium gewandt. Die zuständigen Departementen haben daraufhin die künftige Erlassung abgelehnt, daß irgendwelche Absichten auf eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer im Finanzministerium nicht bestünden.

Minderung der Wahlfreieinteilung.

Berlin. Wie die Telemann ausparlamentarischen Kreisen eingetragt, hat der Reichsanwält Dr. Köster die Vertreter der Parteien zu einer Besprechung am Dienstag eingeladen, die sich mit der Änderung der jetzigen großen Wahlkreisverteilung befassen wird.

Zum Reichsmietengesetz.

Berlin. Die preussische Ausführungsverord-
nung zum Reichsmietengesetz wird in Nr. 23 der
Preussischen Gesetzsammlung vom 15. Juni veröffent-
licht. Der Wohnungsmiethverhältnisse als Vertreter der
obersten Landesbehörde hat dabei zunächst von der
in Paragraph 1, 4 des RRG. gegebenen Ermächti-
gung Gebrauch gemacht und seinerseits wiederum
die Gemeindebehörden ersucht, vereinbarte Mi-
ethnachzuprüfen, ihre Anzeige anzuordnen und
nöthigenfalls an ihre Stelle die gefällige Mieth von
Zins wegen festzusetzen. Zu Paragraph 4, 2 fehlt
der Wohnungsmiethverhältnisse die zur Ermittlung der
Grundmieth von der Friedensmieth abzuziehenden
Beträge wie folgt (und wie seinerzeit berichtet) fest:
20 v. H. für Inhabungs- und Betriebskosten,
9 v. H. für Heizstoffe der Gemeintheilung und 3 v.
H. für die der Warmwasserversorgung. Die Hunder-
theile der Zuschläge zur Grundmieth aber bleiben
den Gemeinden überlassen, so die für Betriebskosten
und Nebeneinrichtungen, die allerdings präfix als im
RRG. zu Paragraphen 3 und 4 aufgeführt werden
(Grund- und Gebäudefeuern, Entwässerungs-
Strofenreinigungsgeld; en, Wassergeld, Schorn-
steinsgergeld, Müll- und Schlackenabfuhr, Treppen-

und Flurbeleuchtung, Versicherungsgebühren, Fahr-
stuhl, Verwaltungskosten). Von den Gemeindebe-
höörden ist ein allgemeiner Hundertjahr für alle diese
Dinge festgelegt. Der Hundertjahr für die Hypo-
thekensicherstellung (Paragraph 1, 3) ist in einem
umfassenden Verfahren unter Zugrundelegung von
Hauskategorien zu errechnen. Großen Spielraum für
Auslegungsirrtümer lassen die Ausführungsbestim-
mungen in der Frage der laufenden Instandhaltungs-
arbeiten. Aus dem allgemeinen Hundertjahr dafür
ausgenommenen Reparaturen kann der Mieter von
selbst bestimmten Handwerken ausführen lassen. Die
Einrichtung von Hausorten für die großen Instand-
haltungsarbeiten wird vom Befehl der Gemeinde-
behörden abhängig gemacht. Soweit Hausort-
nicht beschlossen sind, kommt Folgeschäden im Einzel-
fall nach Bedenken des Grundbesitzers in Frage. Die
Anordnung eines Ausgleichsfonds und seine Ver-
wendung steht der Gemeindebehörde zu. Die Aus-
führungsbestimmungen regeln das Verfahren. Zu-
schläge zur Hauskategorie wegen Untervermietung sind
unzulässig. Zum Mietszins, den der Untermieter für
den leeren Raum zahlt, setzt die Gemeindebehörde
die Zuschläge für die Ueberlassung von Einrichtungs-
gegenständen, Heizung, Beleuchtung, Bedienung und
Ubergabe der Schlüssel fest. Das meiste, was den Aus-
führungsbestimmungen zu regeln anhängigge-
war, wird als Kann- oder Sollvorschrift an die Ge-
meindebehörden weitergegeben. Das Hauptbe-
merkenswerte ist denn auch nun endlich in der langer-
warteten, dass keine Richtlinien ausgearbeitet,

Genehmigung der Getreideumlage im Reichsrat.

49 gegen 16 Stimmen die Vorlage über die Getreibeumlage genehmigt. Die Vorlage verlangt für im vorigen Jahre eine Umlage von 2½ Millionen Tälern. Gegenüber dem vorjährigen Gesetz für welche Sähen zugesprochen worden.

Berlin. Die am Freitag vom Reichsrath angenommene Vorlage der Getreideumlage ist am Samstag dem Reichstag zugegangen. Ueber die Ausführung der in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen bezüglich die Freigabe der versorgungsfähigen Bevölkerung durch Ausschluß der übrigen Bevölkerung streift sich noch nichts fest. Es sind darüber Verhandlungen mit den versorgenden Gruppen vorgehen. Die grundsätzliche Entscheidung ist dem Ernährung- und Finanzministerium unter Zustimmung des Reichsraths vorbehalten. Es besteht keinesfalls die Absicht, einem großen Teil der Bevölkerung die Vorräte vorzuenthalten. Auch bei einem Ausschluß von nur 5-10 Procent der Bevölkerung, würden sich schon Ersparnisse von mehreren Milliarden ergeben. Zweifellos wird die Erhebung der Umlage gegenüber dem Vorschlag größeren Schwierigkeiten zu rechnen haben. Obwohl fest steht aber schon heute, daß im neuen Wirtschaftsjahr eine wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises der Getreidegetreideeintritt. Eine erhebliche Annäherung des Markenbrottes und des freien Brotes wird nicht zu umgehen sein. Demgegenüber wird von zuständiger Seite darauf verwiesen, daß die Umlage nicht nur einer Verbilligung, sondern vielmehr auch der Einhaltung eines einigermaßen billigen Preises sowie der Sicherstellung der Brotversorgung überhaupt dienen soll.

berlin. Zu dem Geheimrat über die
treidumlage wird von rufständiger Seite noch
hört: Das Inlandgetreide deckt unseren Bedarf
nicht, und Auslandsgetreide kommt durch den fre
Handel nicht in genügender Menge herein.
Angebot und Nachfrage ist der Bedarf nicht
regeln. Die Landwirtschaft glaubt, auf freiem Ma
zu den notwendigen Mengen an Inlandsgetreide
kommen zu können, die Regierung glaubt dies e
nicht. Die Landwirtschaft wollte zwei Milli
Tonnen nach freien Marktpreis der Regierung
Verfügung stellen. Dazu möchte die Landwirt
eine neue Organisation schaffen; das wäre ein
periment und durch eine herartige Wohnu
würde der Preis außerordentlich getrieben wer
zeitweise sogar über den Weltmarktpreis. Das
landsgetreide liegt natürlich über dem Preise
Inlandsgetreides. Da wir aber keine Zufüsse
den Ausgleich der Preise auf Befehl der Enten
diesem Jahre bekommen können, müssen wir
ganzen Eingang an Getreide vom Ausland und
land zusammenwerfen. Darin liegt premialität
höre für die Landwirtschaft, die nach Regie
ausgeschlossen werden soll. Das Orter aber muß
den Preis des Getreides

der Landwirtschaft im Interesse des Vater-
lands gebracht werden. Im Laufe des Jahres soll
dies nachgeprüft werden, jedoch eine so
frühe Prüfung den Umlage- und den

Dieses zwischen den Ländern
Preisen nicht wieder entsteht wie im Vorjahre.
weitgehende Wirkung der Landwirtschaft bei
Verteilungsmöglichkeiten ist vorhanden. Brot
sollen an solche nicht mehr ausgegeben werden
durch ein erhebliches Entkommen und Verm
nicht darauf angewiesen sind. Eine endgültige
Schließung darüber liegt noch nicht vor, doch
darauf auf alle Fälle eine weite Abminderung
einzuführenden Auslandsgetreides herbeiz
Eine weite Abminderung des Verkaufspreises
Reichsgetreides muß eintreten, sobald sich
Preispreis etwas auf des Doppelte erhöhen
Das wesentlichste in der Brotversorgung ist
Billigkeit, sondern die Sicherung der Ver
Die Entziehung der Umlage werde sich in
Jahre bedeutend schwieriger gestalten als im
sich dem Geiste gegenüber anders stellen weil
dem Gesammtwohl, zumal man ihr im Runt
Preises entgegenkomme.

Paris, 18. Juni. Wie der „Temps“ hat die Reparationskommission heute vormit-

Abkommens über die deutschen Seelieferungen ge-
billigt. Dieser Schritt hat zur Folge, daß die fran-
zösischen Geschädigten sich in einigen Tagen mit Hilfe
des vereinfachten zemeinmässigen Verfahrens un-
mittelbar und nach den gewöhnlichen Handelsge-
bräuchen an beliebige deutsche Lieferanten wenden
und von ihnen Waren beziehen können, die Deutsch-
land in den Händen der Reparationskommission
ausgeliefert werden.

Paris, 16. Juni. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die deutsche Regierung leistet am 15. Juni an die vom Garantiekomitee bezeichneten Banken eine Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark. Dies ist die dritte monatliche Zahlung, die von der Kommission in ihrer Entschliessung vom 21. März vorgesehen war. Die erste Zahlung betrug 18 Millionen, die zweite 50 Millionen Goldmark. Sie wurden am 15. April bzw. 15. Mai geleistet.

Überfließen.

Berlin. Donnerstag abend wurden zwölfe
Deutschland und Polen zwei Abkommen unterzeich-
net, die sich auf die Ueberleitung des Reichs- und
Staatscigenthums in den an Polen fallenden Ge-
bieten, sowie auf das kaiserliche Bergwerkseigenthum
beziehen.

Ein Aufruf an die Oberschleifer.

Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Der Tagertag ist angekommen, den zu vernichten wir drei Jahre lang gekämpft haben. Ein Tag von Oberfließen wird heute einem fremden Staat verbande einverleibt. Ein Teil von dem Land derben Längereinfahrt so oft von den Staatsmännern und Eodverfändigen aller Länder, so meiffen von den Oberfließen selber betont worden, ein foifbares Stück deutlicher Erde, das in Jahrhunderte langer Arbeit durch deutliche Fleiß zu deutliche Nützlichkeit zu höchsten wirtfchaftlichen Stille gebracht wurde, wird dadurch vom Mundlande losgeriffen. Nach den ersten Friedensbedingungen follte ganz Oberfließen kurzerhand Polzugeproben werden. Eine der wenigen Hinderungen, die in der alles durchgefetzt werden konnte, war das Eingefandnis der Abftimmung. Die Oberflößer wollten, unter miedel Hemmungen und Zögerungen, fo felbst unter welchen Gefahren Leib und Leben die deutliche Bevölkerung an diefen Orten abftimmen konnte. Tragheim und trotz wenig verlodenden Lage Deutschlands sprach die große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Sie mehr hoch es aber plöglich, daß Oberfließen teilte. Derfelbe war unter Bemähen, die Welt von zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtung des Veralters Verträge, sondern auch das Geld der wirtfchaftlichen Vernunft die Einheit fordere. Der Venter Spruch hat diesen blühenden lebendigen Organismus graufam zerriffen. Gegen die Spruch haben wir eine für alle Zeit gültige Wahrnehmung eingelegt. Oberflößer, die Ihr heute uns fcheiden müßt, Euch ruhen wir die letzten Schickfalsgrüße zu: Holt Dank für Eure Treue! Gefühle, mit denen Ihr diefe Tage durchlebt, mit Euch der deutliche Volk. Wir haben uns nicht, durch ein Abkommen mit Polen Euch ganz Oberfließen nach Nützlichkeit zu helfen. Klarer Rechtsgrundlage foll Euch vor allem das erhalten werden, an dem Ihr hängt, nämlich deutliche Schulzgemeinschaft, die deutliche Sprache und das deutliche Heimgefühl. Oberflößer, Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach langem Dulden hatten, die Fleiß der Fremdenberifflichkeit werden, feid denen gewiß, daß wir Euch nach Schrecken helfen werden, die fchweren Wunden zu befeffen Euch Jahre der Bedrückung gefchlagen haben. Unter dem Schuß des Rechtes und der Freiheit Ihr wieder Eurer frieblichen Befchäftigung nachgehen und mit uns am Wiederaufbau unfer Vaterlandes zu arbeiten. Ihr werdet Euch der gerechte Verbitterung zu keiner ungleichen Stellung verführen lassen und Ihr werdet das in eingeftoffene Abkommen wahren. Ihr wißt, eine Kommission unter neutraler Führung der Schuß der Polen hier und der Deutlichen wachen wird und daß Euren Volksgenossen in der neuen Grenze feinen Dienst erweisen wird wenn Ihr für das Erdbüde Vergeltung übt. Die fchlechte In der Schickfalsunde, die Euer Heilande erreicht und den Bruder vom Bruder trennt, reicht Euch das ganze deutliche Volk die Hand.

Reichspräsident: Ebert.
Die Reichsregierung: Bismarck.
Die preuß. Staatsregierung: Braun.

Kattowitz. Wie die „Ostdeutsche Wapost“ meldet, traf am Samstag früh vom Regierungspräsidenten in Oppeln ein Telegramm ein, wonach die hiesige Polizei sofort auszufallen. Daraus folgte wurde die blaue Polizei nach und von den Straßen zurückgezogen und ebenso w Kriminalpolizei entwirrt. Die am frühen Morgen wurden ihnen abgenommen und die in polnische Dienste übertretenden Beamten verabschiedet. Sie mußten bis Samstagmorgen das Kattowitzergebiet verlassen. Nach dem Breslauer Polizeipräsidenten zur Verfügung, von wo aus ein Teil nach Koblenz verabschiedet. Truppen nach Deutsch-Oberschlesien verabschiedet wird.

Die Haager Konferenz.

Am Haag, 16. Juni. Die zweite Vollversammlung der Haager Konferenz beschäftigte sich heute mittag unter dem Vorsitz von Karnebeek mit der Organisation der Kommission für die russisch-polnischen Angelegenheiten. Die Grundlage der Beratung war ein Antrag des belgischen Delegierten

Diesem Antrag gemäß wurde beschlossen, daß die russische Kommission zusammengelegt sein soll aus Vertretern aller Staaten, die die Konferenz besuchen, sowie die drei Ausschüsse, in die sie unterteilt zu sein. Außerdem wurden drei Unterausschüsse gebildet, eine für die Behandlung der Fragen der russischen Schuld, eine für die Fragen der Reparationen und eine dritte für die Fragen der Kredite. Jeder dieser drei Unterausschüsse soll aus elf Mitgliedern bestehen; ihre Zahl soll evtl. auf 12 ausgedehnt werden. Die Delegationen, die in dieser russischen Kommission vertreten sind, werden durch Sachverständige sowie durch einen Sekretär und einen Ratgeber unterstützt. Die Mitglieder der Kommission werden vor Montag ernannt. In der Nachmittagsitzung beriet die Konferenz über den Charakter und die Tätigkeit der Kommission. Man kam überein, dieser Tätigkeit einen rein technischen Charakter zu geben unter Ausschluß aller politischen Fragen.

London, 16. Juni. Reuter meldet aus dem Haag: Nicht nur in britischen, sondern auch in französischen Kreisen herrscht ein guter Eindruck bezüglich der Aussichten der Konferenz. Der französische Botschafter im Haag, Benoit, habe Poincaré telegraphisch seine Befriedigung zum Ausdruck gebracht. London, 16. Juni. Botschaften aus dem Haag zufolge sei es kein Geheimnis, daß alles getan werde, um die Verhandlungen nicht zu sehr zu beschleunigen, bevor Lloyd George und Poincaré am Montag in London zusammengetroffen seien, da die russische Frage zwischen den beiden Premierministern sicher erörtert werde.

England und Frankreich.

London, 17. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt über die vor der Abreise Poincarés nach London stattgefundenen Unterredungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem britischen Botschafter Lord Hardinge: Der britische Botschafter habe Poincaré mündlich mitgeteilt, daß das britische auswärtige Amt den geplanten britisch-französischen Pakt als eine Maßnahme ansehe, die eine allgemeine Heberheben zwischen den beiden Ländern fördern soll, daß der Pakt jedoch nicht als ein Mittel betrachtet werde, das automatisch die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen werde. Zu allererst müßte man über den nahen Osten, Langer und über andere Fragen übereinkommen; wenn dann der Weltfrieden hergestellt sei, werde es möglich sein, die unterbrochenen Verhandlungen über den Pakt wieder aufzunehmen. Hardinge habe ferner gesagt, daß es auf britischer Seite für unmöglich angesehen werde, das Angebot des Paktes von diesen Fragen zu trennen.

Das Bemelmansche Abkommen.

Paris, 17. Juni. Der Minister für die besetzten Gebiete macht in einer Note an die Haasengentur darauf aufmerksam, daß das Wiesbadener Abkommen und in dessen Folge das Bemelmansche Abkommen, die im März bis Juni dieses Jahres abgeschlossen wurden, erst den direkten Verkehr mit den deutschen Lieferanten gestatten, wenn das französische Parlament und der Reichstag diese Abkommen ratifiziert haben. Die französische Regierung, so heißt es in der Note, würde alle Anstrengungen machen, um die Sachlieferungen zu normalisieren, aber bis zur Ratifizierung des Abkommens müßte die Prozedur, die der Friedensvertrag von Versailles vorschreibt, beibehalten werden, d. h. der Geschädigte müsse, wenn er Materialien aus Deutschland beziehen wolle, sich zuerst an die Präfektur seines Departements wenden.

Die Schlußung der Haager Vorlesungen. Haag, 17. Juni. Die nächste Sitzung der Haager Sachverständigenkonferenz am Montag 3 Uhr nachmittags wird die Schlußung der Haager Vorlesungen sein. In dieser Sitzung werden die Mitglieder der einzelnen Kommissionen ernannt und die Wahl des Präsidenten stattfinden. Nach diesem Akt ist Harnebecks Aufgabe beendet.

Die englische Luftpolitik.

London, 17. Juni. Die Luftschiffkommission des Unterhauses hat Lord George einen langen Bericht übermündet, der die Notwendigkeit zur sofortigen Ausrüstung der englischen Luftpolitik betont. Der Eindruck dieser Darlegungen auf den Ministerpräsidenten soll so stark gewesen sein, daß er sofort Verhandlungen mit der Admiralität, dem Kriegsministerium und dem Luftverkehrministerium einleitete.

Kleine Mitteilungen.

Coblenz. Laut „Coblenzer Zeitung“ werden im Laufe der nächsten Zeit 6000 Mann französischer Truppen in das bisher amerikanisch besetzte rheinische Gebiet einrücken, darunter ein bieder in Oberlohn stationiertes Regiment. Die neuen Standorte in und bei Coblenz sind bereits bestimmt.

Verhandlung der Koalitionsparteien. Am Reichstag fand am Sonntag vormittag eine Besprechung der Koalitionsparteien über die wahre Lage im Zusammenhang mit der Getreidemenge und andere Fragen statt.

Paris. Nach einer Meldung der Haasengentur aus Coblenz wurden in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 7 Personen, die meisten deutscher Staatsangehörigkeit, aus dem besetzten Rheinland ausgewiesen, da ihr Verbleiben als gefährlich für die Sicherheit des Reiches angesehen wurde.

Rom. Die Reichsregierung hat die Villa Boncompagni in Rom als neues deutsches Botschaftsgebäude erworben.

Die Tagung der deutschen Zeitungsverleger.

Hamburg, 16. Juni. Heute vormittag begann im Gewerkschaftsgebäude der offizielle Teil der Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Der 1. Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Krumpholtz, eröffnete die Versammlung und führte nach Begrüßung der Teilnehmer aus, daß die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Notlage der Presse bisher vollkommen unzureichend seien. Der Vorwurf, die Presse gehe um Staatskasse, müsse mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Der Redner betonte dann nach dem Zweck und die Ziele des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Hierauf ergriff Senator Dr. Stübmann das Wort, um dem Verein zu seiner Tagung die Wünsche des Senats zu übermitteln. Die Notlage der deutschen Presse habe auch den Hamburger Senat wiederholt veranlaßt, so unter Zurückstellung der besonderen hiesigen Verhältnisse, für durchgreifende Maßnahmen zu Gunsten der deutschen Zeitungen im Reichstag einzutreten, weil der Senat sich bewußt sei, hierbei einer großen kulturellen Aufgabe zu dienen. Geh. Staatsr. Dr. Krumpholtz, Vertreter der Reichsregierung, legte dann als Vertreter der Reichsregierung dar, es sei die einseitige Überzeugung der Reichsregierung, daß die Kulturwerte nicht dem erbarmungslosen Spiel der Straße ausgeliefert werden dürfe. Der Dienst an der Presse sei Dienst an dem Vaterland. Das Vaterland brauche alle Kräfte und am meisten die Presse zum Wiederaufbau. Staatssekretär Hirsch sagte dann mit, daß die Reichsregierung durch ihn er-

klären lasse, daß sie alles tun werde, um die Notlage der Presse zu beheben. Dem Reichstag sei ein Gesetzentwurf zugegangen, von dem man hoffen dürfe, daß er im Rahmen des technisch Möglichen eine gewisse Hilfe bringe. Er werde bereits heute nachmittag in der internen Sitzung des Vereins die nähere Grundlage erörtern. Damit schloß der offizielle Teil der Versammlung.

Was Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Porto für Ansichtstouristen. Die Handelskammer Wiesbaden ist an zuständiger Stelle dafür eingetreten, daß bei Ansichtspostkarten die Hälfte der Adressen für die Verteilung benutzt werden darf und nur die Hälfte des für gewöhnliche Postkarten zu zahlenden Portos erheben wird.

Das Reichspostministerium gibt im Amtsblatt Nr. 24 die Verordnung zur Änderung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechtsgebühren bekannt. Während die Post- und Telegraphengebühren neu festgelegt worden sind, wird im Fernsprechtsbereich der seit dem 1. Oktober 1921 bestehende Tarif um 80 v. H. auf 100 v. H. erhöht. Die Verordnungen über die neuen Gebühren treten am 1. Juli in Kraft. Die Fernsprechnutzer sind berechtigt, ihre Anschlüsse und Einrichtungen, deren Gebühren durch die Verordnungen erhöht werden, bis zum 25. Juni 1922 auf den 30. Juni 1922 zu kündigen. Das gleiche Recht haben die Inhaber von Nebentelegraphen und von besonderen Telegraphen. Für alle Leistungen der Telegraphenverwaltung, die nach dem 30. Juni ausgestellt werden, sind die um 100 v. H. (bisher 80 v. H.) erhöhten Gebühren auch dann zu entrichten, wenn der Antrag vor dem 1. Juli 1922 gestellt worden ist.

Mit der Ausgabe des neuen Fernsprechtsbuches für den Oberpostdirektionsbezirk Frankfurt (Main) wird in Kürze begonnen werden. Zur Abholung der Bücher erhalten die Teilnehmer eine besondere Aufforderung.

Kartendrücke werden von der Post wegen der geringen Nachfrage künftig nicht mehr hergestellt werden. Die noch vorhandenen Bestände werden vom 15. Juni an ohne Erhebung des Papierpreiszuschlages von 10 Pfg. verkauft.

Laufende Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte. Wie die Gaudelung, Hessen-Rassau des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten mitteilt, werden die für Mai gezahlten Teuerungszuschüsse auch im Monat Juni ausbezahlt. Wie bekannt, handelt es sich hierbei um außerordentliche Teuerungszuschüsse, die den erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und denjenigen, die nicht mehr verdienen, als höchstens ein Drittel mehr als die übliche Erwerbslosenunterstützung, gewährt werden. Die Auszahlung geschieht nach wie vor durch die amtliche Fürsorgestelle. Der Reichsbund hat inzwischen seine Bemühungen fortgesetzt, diese Teuerungszuschüsse zu verbessern und sie insbesondere allen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zukommen zu lassen.

Biebrich, 19. Juni 1922.

Unwetter. Der schädlich erwartete Regen am Samstag nachmittag war leider mit einem schweren Unwetter verbunden, das viel Schaden angerichtet hat. Die niederschlagende Wassermenge war so stark, daß die Kanäle nie nicht zu folgen vermochten und das Wasser vielfach in die Keller eindrang und dort Brandstiftung und Kartoffelverderb verursachte. Infolge dessen mußte die Feuerwehr mehrfach in Tätigkeit treten und die Keller auspumpen. Auch im Bereich des Straßenbahnbetriebs brachte das Unwetter Störungen mit sich. Auf der Linie 6 Mainz-Wiesbaden schlug der Blitz in der Nähe der Gabelung in einen Triebwagen, der außer Betrieb gesetzt werden mußte. Auf der Linie 9 Schierstein-Walms fand zwischen den Straßenbahn Halte und Biebrich der Schlag das Wasser derart hoch, daß der Straßenbahnverkehr nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Eine Zeit lang mußten die Bürger von Mainz und vom Rheinufer bis zu dieser Stelle pendeln und die Fahrgäste umfingen, wie dies bei dem Hochwasser des Rheins im Dezember 1919 und Januar 1920 der Fall war. Die beschädigte Überleitung der Straße wird ebenfalls dort abgebaut. Auch an der Haltestelle Schloßpark und nördlich der Insel brachten die Wasserfluten beträchtliche Mengen Sand und Schlamm mit sich, daß die Gleise verschlammten wurden und die Weichen nur mit Mühe wieder fahrbar gemacht werden konnten. Erheblicher Schaden ist auf den Feldern und in den Gärten durch Fortschleppen des Erdbreides entstanden. Im Schloßgarten ist, wie wir hören, der Blitz in einen Baum der großen Allee eingeschlagen und hat einen großen Ast abgeklagen.

Verbrechensstatistik. Die Frau des in der Nacht vom Sonntag zum Montag verstorbenen Mannes beim Fortschleppen ihrer zum Studieren überführten Herdfeuer zu nahe, ihre Kleider fingen Feuer und in Verzweiflung hilflos riefte sie ins anstehende Treppenhause. Die hilfsleistenden Einwohner riefen der Frau die noch brennenden Kleiderreste vom Leibe und löschten auch den entstehenden Brand im Atrium. Bei diesen Vorfällen hat sich der tatkräftig und lobenswert eingetretene Schornsteinfegermeister Max Heine erhebliche Brandwunden am Arm und den Händen zugezogen. Leider ist Frau Köhler nach wenigen Stunden im Krankenhaus, wohin sie gebracht wurde, ihren schweren Brandwunden erlegen.

Ellendahnzusammenstoß auf Bahnhof Biebrich-Ost. Samstag nachmittag 5.48 Uhr ließen während des Unwetters aus dem Rangierbahnhof Biebrich-Ost drei Güterwagen auf die freie Strecke und dem heran kommenden D-Zug in die Platte. Die Güterwagen wurden hart, an dem D-Zug nur die Waggons gering beschädigt. Eine Dame erlitt leichte Verletzung durch herabfallendes Gepäck. — Wie wir noch erfahren, konnte nach zweifelhäufiger Arbeit die durch den Zusammenstoß erfolgte Geleiserrung behoben werden.

Der Ziegenzüchter-Verein E. V. hat beschlossen, am Sonntag, 25. Juni, im Großerholz, Schloßpark eine Ziegenschau mit Prämierung zu veranstalten. Das Preisrichteramt wird durch drei sachkundige Herren vom Ziegenzüchterverband und der Landwirtschaftskammer versehen. Das Unternehmen ist bei der hohen Bedeutung der Ziegenzucht für die Volksernährung, dem anerkannten Wert der Ziegenmilch besonders für Säuglinge, Kinder und Kranke, dem hohen Nährwert von Butter und Käse aus Ziegenmilch, der vielfachen Verwendbarkeit des Ziegenfelles für Teppiche, Fensterbänder usw. sehr zu begrüßen. Das Zuchtziel des Vereins, der dem Volk Ziegenzucht-Verband angegliedert ist, ist die weiche hornlose Ziege, die bei mäßiger Fütterung viel Milch gibt und sich unheimlich leicht anpaßt. Die Schau wird den Mitgliedern und Interessenten den Unterschied zwischen der Güte der Tiere zeigen und sie veranlassen, im Laufe der Jahre geringes durch gutes zu ersetzen. Zur Schau kommen in 6 Klassen etwa 100 Ziegen und Böde. Den Besuchern werden Rostproben von Milch und Butter verabreicht

werden. Der Auftrieb der Ziegen erfolgt von 7-8 Uhr, die Eröffnung der Schau um 11.30 Uhr. Der Schlußtag wird in der Zeit von 11.30 bis 2 Uhr unter Führung eines Begleiters (Lehrers) freier Zutritt gewährt. Der Ausstellungsspielplatz befindet sich im nördlichen Teile des Schloßgartens inmitten schöner Natur-Umgebung.

Wiesbaden. In der Stadterverordnetenversammlung am Freitag bildete die Eingliederung des Haushaltes anhangs für 1922 den Hauptpunkt. Stadtkommissar Schulte begründete den Voranschlag in längerer Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: Der nach dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse vom 1. Februar 1922 aufgestellte Haushaltsplan schließt mit einer Gesamtsumme von rund 383 Millionen ab. Während der Zusammenstellung der Ergebnisse der Beratungen in den Deputationen und des Drucks des Etats zeigte sich aber ein starkes, bisher noch nicht gefanntes Anwachsen sowohl der sachlichen als auch der persönlichen Kosten, daß es für zweckmäßig erachtet wurde, durch einen Nachtrag nach dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse am 20. April eine Richtigeinstellung vorzunehmen. Hierbei mußten die Ausgaben um 138 Millionen erhöht werden, so daß die Gesamtsumme auf 521 Millionen stieg, also jetzt eine halbe Milliarde überschreitet. Das starke Anwachsen der Ausgaben um 138 Millionen innerhalb zweier Monate zeigt die ununterbrochene Wichtigkeit der bereits wiederholt behaupteten Tatsache, daß die Einnahmen nicht mehr wie früher einmal im Jahre stattfinden können, sondern daß sie sich über das ganze Jahr verteilen müssen. 11 Anträge für die insgesamt noch zu beschließenden Deckungsmittel von 36,7 Millionen sind mit den erforderlichen Unterlagen dem Finanzaußenrat bereits zugestellt worden. Die Deputationen haben alles versucht, die Ausgaben soweit als irgend möglich einzuschränken. So z. B. sind in der Straßenunterhaltung und Reinigung so starke Einschränkungen vorgenommen worden, daß es als zweifelhaft sein kann, ob man nicht über das zulässige Maß bereits hinausgegangen ist. Eine solche zu starke Einschränkung hat sich z. B. schon bei der Straßenbeleuchtung geltend gemacht, bei der man sich gezwungen sah, wieder Mehrleistungen einbringen zu lassen. Auch die Gartenverwaltung hat die Unterhaltung der Anlagen soweit eingeschränkt, daß der Chor der Wiesbadens als Kurstadt eine weitere Einschränkung kaum zuläßt. An der Verminderung des Personals ist dauernd gearbeitet worden. Die Verminderung wird laufend fortgesetzt; es zeigt sich aber schon bei plötzlich auftretenden Mehrbedürfnissen, daß die zur Zeit mögliche Grenze des Personalbesandes bereits im wesentlichen erreicht ist. Kennenwerte Ersparnisse können daher, obwohl der Gesamtschaden an Gehältern und Löhnen 182 Millionen beträgt, nicht erwartet werden, wenn nicht an großzügige Verwaltungsreformen herangetreten wird. Der Haushaltsplan verurteilt an Kosten allein für Papier und Druck 150 000 Mark und stellt sich naturgemäß noch bedeutend teurer, wenn die Personalkosten hinzugezogen werden, die bei der Kammer und den einzelnen Verwaltungen für die Aufstellung des Haushaltsplanes aufgewendet werden müssen. Auf Antrag des Magistrats wurde die Generaldebatte über den Haushalt auf Freitag in 8 Tagen vertagt und man trat in die Erörterung der weiteren Tagesordnung ein. Es folgte der Antrag auf Umbau des Armen-Arbeitshauses in ein Säuglings- und Mutterheim. Eine Summe von 705 000 Mark ist erforderlich. Es entsteht eine längere Debatte, da von sozialistischer Seite gefordert wird, daß eine künftige Einbindungsanstalt bei dem Säuglings- und Mutterheim errichtet wird. Ein dahingehender Antrag wird jedoch abgelehnt und der des Bauausschusses angenommen. Für Errichtung von 2 Wohnhäusern und Instandsetzungsarbeiten in der Infanterieschule an der Frankfurter Straße sollen 60 000 Mark bewilligt werden. Der Antrag wird abgelehnt, da die große Mehrheit sich aus verschiedenen Gründen damit nicht befassen kann.

Nordenstadt. Samstag früh gegen 2½ Uhr wurde unsere Einwohnerschaft durch eine Feuerbrunst in großen Schrecken versetzt. Die Hofstraße des Siedermeyers Heinrich Stenker, sowie die des Landwirts Heinrich Kern waren in Brand geraten und in wenigen Minuten griff das Feuer auch noch auf die Scheune des Landwirts Adam Ott über, so daß 3 Scheunen mit Stallung ein Opfer des Feuers wurden. Nur durch rechtzeitiges Eingreifen der hiesigen, sowie der freiwilligen Feuerwehr-Brigade konnte nach größerem Schaden vermieden werden.

Fürsheim. In den letzten Jahren wurden auf dem hiesigen Friedhof 60-60 bronzene Kreuzsteine von den Darmstädtern gestohlen, ohne daß man die Täter ermittelte.

Sp. Idstein. Die Polizeiverwaltung teilt mit, daß die Ermittlungen in der Mord- und Totschlagschuld nicht zum Abschluß gelangt sind. Von der deutschen wie der französischen Behörde wird mit Nachdruck auf die Ermittlung der Mörder gearbeitet. Der Oberstaatsanwalt in Wiesbaden hat auf die Feststellung der Mörder eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt.

Deitsch. Am 20. Mai d. J. sollte durch eine amtliche Kommission eine Abklärung der durch die Nebelau verursachten Gebiete vorgenommen werden. Ueber 250 Winger und Wingerinnen verwohnte jedoch der in Begleitung von drei Genannten erschienenen Kommission den Zutritt zu den Weinbergen, wobei der Winger Niklas Wahr die Führrung hatte. Nach längeren Auseinandersetzungen mit Wahr trat die Kommission den Rückzug an, worauf am Dienstag die Verhaftung Wahrs wegen Aufwiegung, Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt erfolgte. Dies führte zu einer Protokollverlesung der Winger; es wurde eine Entschuldigungsgefahr in welcher die sofortige Freilassung Wahrs als durchaus unbegründet verlangt und betont wird, daß die Bürgerhaft Deitschs das leibliche Wohl der Winger als durchaus undurchführbar hält, wie die bisherigen Erfahrungen bereits bewiesen haben.

Hallgarten. Für 54 Halbfried 1921er Wein, welche der Hallgartener Winzerverein zur Verfeinerung brachte, erfolgte er nicht weniger als 11 235 000 Mark. Das billigste Faß kam auf 101 000 Mark, das teuerste auf 371 000 Mark.

Mainz. Der 24jährige Arbeiter Philipp Bender aus Unterlohn, der mit seinem Nachbarn Georg Schmiering älter Streit wegen der Kinder hatte, brachte letztem im August v. J. mehrere Messertische bei, an deren Folgen S. im hiesigen Krankenhaus starb. Bender wurde gestern vom Schwurgericht wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Weisbaden. Viele Hunderte hiesiger schulpflichtiger Kinder liegen zur Zeit an Wätern und Keuchhusten darnieder. Nachdem vor einigen Tagen schon aus diesem Grunde mehrere Schulklassen geschlossen worden waren, mußten jetzt auf Anordnung der Behörde die hiesigen Schulklassen, gegen 30 an der Zahl, bis auf Weiteres geschlossen werden. Leider sind vorerzählt auch schon Kinder der krankenartig auftretenden Krankheiten zum Opfer gefallen.

Bermischtes.

Zum Untergang des Dampfers „Bornholm“.

Berlin, 16. Juni. Zu dem Untergang des deutschen Dampfers „Bornholm“ durch Berührung einer russischen Mine erfahren wir von der Marineleitung: Das in Frage kommende Seegebiet gilt noch als minenzerfährlich. Seine Säuberung durch die deutschen Minenflottillen ist für den nächsten Monat beabsichtigt. Die bisherigen deutschen Minenräumungsarbeiten, die nach einem internationalen gegenseitigen Plan verlaufen, erstreckten sich auf die Nordsee, das Eismeer, das Kattegatt, die westliche Ostsee und sollten ihren Abschluß in der nördlichen Ostsee finden. In dem gleichen gefährlichen Gebiet spielten sich vor kurzem die bekannten Rettungsunternehmen der deutschen Kriegsschiffe „Medusa“, „Arcona“ und „Hannover“ ab, wobei eine Reihe eingetretener Dampfer aus schwerer Gefahr befreit wurden.

Coblenz. Am Donnerstagabend zu später Stunde ertranken im Rhein in der Nähe von Boppard zwei junge Mädchen eines evangelischen Stoffs der Stimmer, als sie bei der Rückkehr von einem Ausflug beim Ort Füllen über den Rhein zu fahren wurden. Der Nachen geriet auf das Schiffe eines dort liegenden Schiffes. Die Mädchen ertranken es und hielten sich eine Zeitlang daran fest, als der Nachen unter ihnen forttrieb. Dann verließen sie die Kräfte, sie stürzten in den Rhein und fanden so den Tod. Zwei andere junge Mädchen wurden mit dem Nachen bis an die Schiffe getrieben und konnten von den Schiffsteuten gerettet werden.

Oberkorn (Nah). Ein schwerer Wollenbruch ging Freitag mittag bei heftigem Gewitter über die Stadt Oberkorn nieder. Die lehmigen, gelben Wollenmassen stürzten in reichem Strom von den höher gelegenen Straßen herab und richteten unermesslichen Schaden an. Vor dem Postamt liegt der Schutz und das Geröll meterhoch. Am schlimmsten wirkte das Unwetter in der Burg- und Kreuzstraße. Die Wollenmassen drangen von dort in die oberen Stockwerke der Häuser der niedriger gelegenen Hauptstraße ein und richteten in den Wohnungen fürchterlichen Schaden an. In mehreren Läden stand das lehmige Wasser fuhob und zerstörte wertvolle Güter. Der Schaden beträgt 15- bis 20 Millionen Mark. Feuerwehr und hülfsbereite Bürger brachten Hilfe, jedoch es ging. Der Straßenbahnverkehr mußte infolge des auf den Straßen lagernden Gerölls eingestellt werden. Jeder eine volle Stunde sollte das Unwetter. Die Nacht ist zu einem reichlichen Strom geworden. Von der Stadt wird eine Hilfsaktion an das Reich gerichtet werden.

Die Einzelstenographie. Wie bekannt, haben schon lange Zeit Verhandlungen wegen Vereinigung der Einzelstenographen Gabelberger und Stolze-Schrey. Der im November 1921 vereinigte Entwurf einer Einzelstenographie wurde jetzt auch den bayerischen Sachverständigen-Stellen zur Begutachtung unterbreitet, die sich alle sehr günstig über den Entwurf geäußert haben. Die mit der endgültigen Abfassung betraute Kommission wird Anfang Juli in Berlin zusammenzutreten und die endgültige Fassung festzulegen versuchen.

Die Mundart im Unterricht. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat, so wird aus Coblenz gemeldet, die Regierungen und Provinzialschulkollegien beauftragt, bis zum 1. Oktober zu berichten, inwieweit den in einem früheren Erlass gegebenen Anweisungen zur vermehrten Berücksichtigung der heimischen Mundart im Unterricht Rechnung getragen worden ist. Es wurde vielfach festgestellt, daß die Schulen hierzu keine Zeit finden. Demgegenüber weist der Minister darauf hin, daß die Schule bei einem lebendigen und Deutschland pflegenden Sprachunterricht die Heranziehung der Mundart ihrer Kinder kaum umgehen könne. Die Mundart kläre, zeige im Vergleich mit dem Hochdeutschen älteren und neueren Sprachstadium nebeneinander, lasse einzelne Vorgänge aus der Sprachgeschichte anschaulich erleben, mache die Einfachheit und Natürlichkeit des Sprechens in der Schule, erlaube und erzeuge mit den Schülern ihrer lebendigen Dichtung und mit ihren volkstümlichen Klängen Kinder und Eltern und sei so ein wertvolles Hilfsmittel bei der Einführung des jungen Geschlechts in die Schriftsprache.

Ein Natur-Schutzpark im Speffart. Den wiederholten Witten der Jagd-Sportfreunde und anderer Verbände ist es gelungen, daß jetzt die bayerische Staatsregierung einen Waldbestand von rund 5 Hektar, der den prächtigen Eichenbestand Deutschlands umfaßt, den Jagd-Verwaltern als Natur-Schutzpark erklärt hat. Der in ganz Deutschland einzig dastehende Bestand hundertjähriger Eichen wird von jetzt an paktlich bewirtschaftet und der jeder Zerstörung geschützt.

Ein Stapellaut. Der Stapellaut des neuen großen Dampfers des Norddeutschen Lloyd, der den Platz des an die Entente ausgelieferten „Columbus“ einnehmen soll und deshalb auf den gleichen Namen getauft werden ist, wurde am Samstag in Danzig im Beisein des Präsidenten des Norddeutschen Lloyd, Heintzen, und des Generaldirektors Schmitz vollzogen. Leider ging der Stapellaut nicht ohne Zwischenfall von staten. Das Schiff glitt zwar programmäßig einige Meter die Holzbahn herunter, blieb aber dann noch etwa hundert Meter auf dem Slip stehen. Es wird wahrscheinlich einige Tage dauern, bis es zu Wasser gebracht werden kann. Der neue „Columbus“ ist 338,60 Meter lang und 25,30 Meter breit. Die Tragfähigkeit beträgt bei mittlerem Tiefgang von 9,75 Meter rund 10 000 Tonnen. Das Schiff wird bei einer Besatzung von 850 Mann für rund 2300 Passagiere Raum haben. Es ist für die Fahrt zwischen Bremerhaven und New York bestimmt.

Gefährdetes Naturdenkmal. Nach einer Entschcheidung der bayerischen Regierung soll das Schwarze Moor in der Nähe der Eisenortföhrung dienstbar gemacht werden. Der Vandalismus hat Naturpflege hat sich gegen die Zerstörung dieses einzigen noch bestehenden Hochmoors der Rhön ausgesprochen, da es für die Pflanzenkunde eines der interessantesten Gebiete Deutschlands ist. Das Raubmoos z. B. findet hier in diesem Moor seine südlichste Verbreitungsgrenze.

Berlin. Der Kirchenrat der Berliner russischen Gemeinde reichte gemeinsam mit der Großhändler-Lema, der älteren Schwester des ermordeten Zaren, eine Petition an das Reichspräsidenten, die umfassen die Frage des Eigentumsrechtes an dem Berliner russischen Botschaftsgebäude zu klären. Die Klager beantragten gleichzeitig eine einstweilige Verfügung auf Einfrierung einer Mischkassette über das Gebäude bis zur Beendigung des Prozesses. Hierdurch soll die von der Reichsregierung angeordnete Besitzübertragung des Botschaftsgebäudes an die Sowjetregierung vorläufig ausgesetzt werden.

Berlin. Die „Tägliche Rundschau“ gibt eine Anzeige in der „Neuen Züricher Zeitung“ wieder, wonach in Bern einige Gebelins mit der Angabe

